



xxx : yyy

URL: http://www1.wdr.de/themen/panorama/sp_keupstrasse/chronologiekeupstrasse100.html

2004: Nagelbombenanschlag in Köln

Chronologie eines Staatsversagens

Von Dominik Reinle

Vor zehn Jahren detoniert in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe. 22 Menschen werden verletzt. Die Ermittlungen laufen jedoch ins Leere: Nach rechtsextremen Tätern wird gar nicht gesucht. Erst als der NSU sich selbst enttarnt, wird klar, wie die Behörden versagt haben.



Nach dem Anschlag: Zerstörte Geschäfte in der Kölner Keupstraße

9. Juni 2004, gegen 14.30 Uhr:

Die Überwachungskameras des Musikersenders Viva im Kölner Stadtteil Mülheim zeichnen Bilder auf, die später als Fahndungsfotos verwendet werden: Ein 25 bis 30 Jahre alter Mann mit Baseballkappe schiebt zwei Mountainbikes durch die Schanzenstraße. Kurz darauf kommt er ohne die Räder zurück. Um 15.10 Uhr taucht er wieder auf – gefolgt von einem weiteren gleichaltrigen Mann, der ein Damenfahrrad mit aufmontiertem Hartschalenkoffer schiebt. Darin ist eine Bombe versteckt, die aus einer Gasflasche, 5,5 Kilogramm Schwarzpulver und rund 800 Nägeln besteht. Abgestellt wird das Damenrad schließlich vor einem Friseursalon an der Keupstraße.



Fahndungsfoto: Ein Mann schiebt das Fahrrad mit der Bombe

9. Juni 2004, 15.56 Uhr:





Mehr als 30 Fensterscheiben gehen in der Keupstraße zu Bruch

Die Nagelbombe wird mit einer Funkfernsteuerung gezündet. 22 Menschen werden verletzt, vier davon schwer. "Bei den Personen, die sich unmittelbar am Explosionsort aufhielten, drangen zahlreiche Metallnägeln in die Körper ein", heißt es in einem Polizeibericht. Die Wucht der Detonation habe die Nägel in einem Umkreis von bis zu 100 Metern verteilt. Mehr als 30 Fensterscheiben zersplittern, 15 Autos werden zum Teil erheblich beschädigt.

9. Juni 2004, 17.04 Uhr:

Das Landeskriminalamt in Düsseldorf verschickt an verschiedene Sicherheitsbehörden eine E-Mail. In der Betreffzeile heißt es "Terroristische Gewaltkriminalität". Um 17.25 Uhr informiert das Lagezentrum der Polizei beim NRW-Innenministerium den damaligen Minister Fritz Behrens (SPD) über die Situation. Bereits elf Minuten später bittet das Lagezentrum das LKA allerdings um die Streichung des Begriffs "'terroristischer Anschlag' aus dem momentanen Schriftverkehr". Wer aus welchem Grund diese Anweisung erlassen hat, ist bisher ungeklärt. Das LKA jedenfalls folgt der "Bitte", ändert seine Einschätzung und verschickt um 17.45 Uhr eine weitere E-Mail: "Die im Bezug genannte Lageerstmeldung wird korrigiert. Bisher liegen keine Hinweise auf terroristische Gewaltkriminalität vor." Eine Begründung dafür wird nicht genannt.

10. Juni 2004, morgens:

Die Kölner Polizei übernimmt die Ermittlungen komplett und richtet eine Mordkommission ein. Da **kein Bekenner schreiben [1]** gefunden wird, vernehmen die Ermittler weiter die Anwohner, werten Mobiltelefonate während der Tatzeit aus und überprüfen per Rasterfahndung alle 25- bis 35-jährigen Männer im Viertel. Weil für die Polizei rivalisierende türkische und kurdische Gruppen als mögliche Täter infrage kommen, platziert sie rund zwei Jahre lang verdeckte Ermittler in der Keupstraße. Einen Bezug zur Türsteher- oder Drogenszene halten die Fahnder ebenfalls für denkbar. Doch keine der Maßnahmen ist zielführend.

Trotzdem befassen sich die Kölner Ermittler vorwiegend mit den möglichen Tatmotiven "Organisierte Kriminalität im Umfeld der Opfer" und "**Ausländerextremismus**" [2]. Rechtsextremismus hingegen scheinen eine **untergeordnete Rolle [3]** zu spielen. Zwar werden **einzelne Hinweise [4]** auf Neonazis abgearbeitet, aber sie sind offenbar kein Denkanstoß für umfassende Recherchen - auch nicht die mehrfachen Hinweise der Anwohner der Keupstraße, die Täter könnten ein fremdenfeindliches Motiv gehabt haben.

10. Juni 2004, 20.00 Uhr:

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sagt in einem Beitrag der ARD-"Tagesschau": "Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu." Nach dem Bekanntwerden des **NSU [5]** im November 2011 räumt Schily ein, dass diese Einschätzung "ein schwerwiegender Irrtum" war. Vor dem **NSU-Untersuchungsausschuss [6]** schließt er im März 2013 allerdings aus, dass seine öffentliche Kommentierung Einfluss auf die Ermittlungsarbeit gehabt habe.

11. Juni 2004:

Das LKA NRW bittet das Bundeskriminalamt um eine Recherche in der Zentraldatei "Tatmittelmeldedienst für



Spreng- und Brandvorrichtungen". In dieser Datei, die beim BKA angesiedelt ist, werden bundesweit alle Sprengstoff-Fälle verzeichnet. Aufgelistet sind darin auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, die in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit Sprengstoff-Delikten aufgefallen sind. Kurz bevor in Jena in einer von Böhnhardt angemieteten Garage vier funktionsfähige Rohrbomben gefunden wurden, ist das Trio im Januar 1998 untergetaucht. Der LKA-Abfrage-Wunsch von 2004 reicht allerdings nur bis Januar 1999 zurück - und bleibt somit ohne Treffer.



Gesucht: Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos

Der CDU-Abgeordnete Clemens Binniger hält die Eingrenzung der Abfrage auf einen Zeitraum von fünf Jahren für willkürlich und einen "verhängnisvollen Fehler". Hätte man den Zeitraum größer gefasst, hätte man dem Trio auf die Spur kommen können, sagt er im Juli 2012 im NSU-Untersuchungsausschuss.

14. Juni 2004:



Mutmaßlicher NSU-Anschlag drei Jahre zuvor in der Kölner Probsteigasse

Kriminalhauptkommissar Edgar Mittler hat als leitender Ermittler das Sprengstoffattentat vom 19. Januar 2001 in der Probsteigasse in Köln untersucht. Er teilt nun der Ermittlungskommission zur Keupstraße mit, dass er zwischen den beiden Delikten "deutliche Parallelen" sehe.

Ein **Vergleich [7]** kommt allerdings zum Schluss: Trotz Ähnlichkeiten sei nicht von denselben Tätern auszugehen. Auch beim Anschlag in der Probsteigasse,

der

Mehr zum Thema

2001: Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse

Link: http://www.wdr.de/themen/archiv/sp_amrechtenrand/terrorvonrechts/probsteigassekoeln100.html

mittlerweile dem NSU zugerechnet wird, gab es **kein Bekenner schreiben [8]**.

18. Juni 2004:

Die Kölner Polizei bittet das LKA NRW um eine Auflistung von Tatverdächtigen, die in der Vergangenheit gegen das Sprengstoffgesetz verstoßen haben. In der Antwort des LKA sind lediglich Personen aus NRW aufgeführt. Die Kölner Polizei gibt sich mit dieser räumlichen Einschränkung zufrieden. Sie sucht die Täter vor allem **in der Region [9]**.

Im NSU-Untersuchungsausschuss fragt im Juli 2012 der Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD), ob es für die Beamten denn nicht denkbar gewesen sei, "dass die Täter von Köln nicht unbedingt in Nordrhein-Westfalen gewohnt haben müssen?" Der Kölner Ermittlungschef Markus Weber antwortet, das sei damals die plausibelste und naheliegendste Möglichkeit gewesen. Da die Täter mit Fahrrädern unterwegs gewesen seien, habe die Polizei angenommen, dass sie "im näheren Umfeld des Tatortes zumindest einen sogenannten Ankerpunkt haben mussten."

30. Juni 2004:

Zwei Beamte der Kölner Polizei fahren nach München - zur Befragung einer **Hellseherin [10]**. Sie behauptet, aus dem Jenseits Hinweise auf das Tatgeschehen erhalten zu haben. Vor Ort stellen die Beamten fest, dass die Frau "in einer völlig irrationalen Welt lebt".

Trotzdem verteidigt der Kölner Ermittlungschef Markus Weber im Juli 2012 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss den Ermittlungsansatz: Wir würden "das in einem vergleichbaren Fall sicherlich wieder tun".

8. Juli 2004:

Der Bundesverfassungsschutz verfasst auf eigene Initiative ein **Dossier [11]**. Darin wird der Nagelbombenschlag in der Keupstraße mit einer Serie von Nagelbombenanschlägen auf Migranten verglichen, die sich im April 1999 in London ereignet haben. Die Vermutung: Die Londoner Anschläge, die mit der britischen Neonazi-Organisation "Combat 18" gebracht werden, könnten den Tätern "als Muster gedient haben". Das Dossier wird der Kölner Polizei aber offenbar nicht zur Verfügung gestellt.

Doch auch die Polizei gibt sich bei der Zusammenarbeit zugeknöpft: Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhält **keine Kopie der Aufnahmen [12]**, die die Viva-Überwachungskameras von den mutmaßlichen Tätern gemacht haben. In einem **Gedächtnisprotokoll eines Beamten [13]** - aus dem der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy (SPD) im Juli 2012 im NSU-Untersuchungsausschuss zitiert - heißt es sogar, bei einem Treffen von Polizei und Verfassungsschutz zur Keupstraße habe gegenseitiges Misstrauen geherrscht.

20. Juli 2004:

In einer sogenannten Operativen Fallanalyse gehen Profiler des LKA NRW davon aus, dass Fremdenfeindlichkeit das wahrscheinlichste Motiv der Täter sei. Im Papier heißt es über deren vermutliche Perspektive: "Wir zünden die 'Bombe' mitten in eurem 'Wohnzimmer' - Ihr werdet euch dort nie mehr so wohl, so sicher fühlen und besorgt sein, dass das noch mal passiert!" Doch diese Analyse bleibt offenbar ohne Einfluss auf die Ermittlungen.

Eine zweite Operative Fallanalyse des BKA vom Februar 2005 spricht zwar von "der Keupstraße als herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart" und "ausgeprägtem Hass" als Tatmotiv. Das Analyseteam hält aber ein persönliches Motiv wie Rache für am wahrscheinlichsten. Ein "politisches" Motiv sei hingegen unwahrscheinlich, da ein Bekennerschreiben fehle.

28. November 2004:

In einem Wagen der Kölner Straßenbahn-Linie 16 wird ein Flugblatt gefunden. Darin heißt es: "Wie Sie vielleicht wissen, ist die Keupstraße bewohnt von sehr vielen Ausländern und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht." Und fett gedruckt: "Deutsche wehrt Euch!" In einem handschriftlichen Vermerk der Kölner Polizei vom März 2005 wird der Text als "Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit" gedeutet. Im NSU-Untersuchungsausschuss verteidigt der Kölner Ermittlungschef Markus Weber im Juli 2012 die **Falschinterpretation [14]** des ausländerfeindlichen Flugblatts.

24. Juni 2008:

Die Staatsanwaltschaft Köln stellt das Ermittlungsverfahren ein. Die Begründung: Aus einer Vielzahl der Zeugenaussagen hätten sich keinerlei Informationen ergeben, die zur Ermittlung der Tatverdächtigen hätten führen können. Alle verfolgten Spuren seien unergiebig gewesen. Auch die Rasterfahndung habe keine Erkenntnisse gebracht. Das Motiv der Tat habe nicht erhellt werden können.

4. November 2011:



Nach einem Banküberfall in Eisenach (Thüringen)



Tot im Wohnmobil: Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos gefunden

werden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Angeblich erschoss Mundlos zunächst seinen Komplizen, setzte dann das Wohnmobil in Brand und erschoss sich dann selbst. In Zwickau (Sachsen) geht die Wohnung, in der die beiden mutmaßlichen Bankräuber mit Beate Zschäpe gelebt hatten, in Flammen auf und wird bei einer Explosion komplett zerstört.

Der NSU enttarnt sich selbst: Die Ermittler finden in den Trümmern des Hauses zahlreiche Briefumschläge mit einer

Mehr zum Thema

Bekenner-DVD zum Anschlag in der Keupstraße [tagesschau.de]
Link: <http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/nsu102.html>

Bekenner-DVD darin - frankiert und adressiert unter anderem an das ARD-Hauptstadtstudio. Zschäpe hat vor der Sprengung der Wohnung noch einige Bekenner schreiben an sich genommen und verschickt diese zwischen dem 4. und 8. November 2011, bevor sie sich der Polizei stellt.

6. Mai 2013:

Vor dem Münchner Oberlandesgericht beginnt der Prozess gegen Beate Zschäpe und mutmaßliche NSU-Helfer. Der Nagelbombenanschlag in der Keupstraße ist im Verfahren bisher noch nicht behandelt worden.



Beate Zschäpe im Gerichtssaal

Stichworte

1.) Bekenner-DVD

Auf der Paulchen-Panther-DVD, die das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe im November 2011 verschickt, wird der Anschlag "Aktion Dönerspieß" genannt und ein Schild mit der Aufschrift "Bombenstimmung für die Keupstraße" eingeblendet.

"Über mehrere Minuten zeigt der Film Ausschnitte aus TV-Berichten, die im WDR, bei N-TV und dem ZDF über den Anschlag gesendet wurden", schreiben der NDR-Redakteur John Goetz und der Journalist Christian Fuchs in ihrem Buch "Die Zelle". Die Bilder zeigen einen Feuerwehrmann, der eine verletzte Frau mit Kopftuch wegträgt, ein Opfer, das mit Bandagen auf einer Trage liegt, und Verletzte mit Kopfverbänden.

2.) Ausländerextremismus

Dass der Leiter der politischen Abteilung bei der Kölner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Josef Rainer Wolf, mit dem Ermittlungsverfahren Keupstraße beauftragt worden ist, lag daran, dass ein möglicher politischer Hintergrund des Anschlags nicht ausgeschlossen werden konnte. Allerdings hat dabei nicht so sehr der Gedanke an ein mögliches rechtsextremes Motiv den Ausschlag gegeben, sondern die Annahme, es könne

sich um eine Auseinandersetzung unter Ausländern handeln.

Beim Begriff Keupstraße sei den Behörden unmittelbar nach dem Anschlag "eine mögliche Auseinandersetzung mit politischem Hintergrund durch den Kopf gegangen", sagt Wolf im Juli 2012 vor dem Untersuchungsausschuss, "weil wir ja eine ganze Reihe von teilweise doch recht gravierenden Auseinandersetzungen zwischen national eingestellten Türken und Kurden im Gebiet der Keupstraße hatten."

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) erläutert Wolf, es sei in der Vergangenheit an der Keupstraße zu "körperlichen Auseinandersetzungen heftigster Art" zwischen Türken und Kurden gekommen. Es habe sich um "Delikte im Bereich der Körperverletzung" gehandelt. Aber warum dann die Assoziation, dass der Bombenanschlag einen ähnlichen Hintergrund haben könnte, fragt Edathy: "Kein nationalistischer Türke und kein kurdischer Bürger hätte doch bei einem Anschlag dieser Art sichergehen können, nicht möglicherweise auch, in Führungsstrichen, die eigenen Leute zu verletzen."

3.) Ermittlungen nach rechts

Bei der Befragung im NSU-Untersuchungsausschuss will die SPD-Abgeordnete Eva Högl im Juli 2012 vom Ermittlungsleiter Weber wissen, wie seine Arbeit durch zwei sogenannte Fallanalysen beeinflusst worden sei, die einen "fremdenfeindlichen Hintergrund als durchaus wahrscheinlich erachtet haben". Die eine Analyse hat das LKA NRW im Juli 2004 vorgelegt, die andere stammt vom BKA im Februar 2005. Besonders in der BKA-Analyse werde ausgeführt, so Högl, dass die Taten menschenverachtend seien und bei den Tätern vermutlich "Türkenhass" eine Rolle spiele. "Was wurde denn tatsächlich gemacht in Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund?", fragt Högl. Weber antwortet: "In Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund zunächst mal nichts." Man habe sich zunächst "auf einen örtlichen Bereich" gestützt.

Im Mai 2005 schreibt die Kölner Polizei schließlich einen Bericht, in dem begründet wird, weshalb verdeckte Ermittlungen durchgeführt werden sollen. Daraufhin wird nach Högl's Angaben insgesamt 22 Monate lang "im Bereich der Familien der Opfer verdeckt ermittelt" – unter anderem zu "Schutzgelderpressung" und "Rotlichtmilieu".

Die Ausrichtung der Ermittlungen hat auch Auswirkungen auf den zuständigen Oberstaatsanwalt Josef Rainer Wolf. Er leitet damals die politische Abteilung bei der Kölner Staatsanwaltschaft, wo der Fall Keupstraße wegen eines möglichen politischen Hintergrundes ursprünglich angesiedelt worden ist. Bei seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss im Juli 2012 sagt er: "Wenn Sie Leiter einer politischen Abteilung sind, kommt ja irgendwann auch der Zeitpunkt, wo man sagt: Das kann ja dann auch in einer anderen Abteilung bearbeitet werden." Sein berufliches Ehrgefühl habe ihn aber davon abgehalten, das Verfahren abzugeben.

4.) Hinweise auf Neonazis

In den Ermittlungsakten der Kölner Polizei gibt es im Zusammenhang mit Neonazis unter anderem die "Spur 104". "Dabei handelte es sich um die Beobachtung eines Augenzeugen, der gesehen hat, wie ein stadtbekannter Neonazi ... am Tag des Bombenschlags in der Keupstraße sich auffällig intensiv an der Absperrung des Tatorts mit einer Polizistin über Details des Anschlags unterhielt und sie quasi – ich nenne es mal

so – ausquetschen wollte", sagt die Abgeordnete Petra Pau von der Linksfraktion im September 2012 im NSU-Untersuchungsausschuss.

In der Spurenakte heißt es, der Mann an der Absperrung sei Mitglied des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) sowie der "Kameradschaft Walter Spangenberg": "Beide Gruppierungen sind dem deutschen Rechtsextremismus zuzurechnen und werden von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet." Die Beamten kommen zum Schluss, dass der Mann "als Person, die eines der Fahrräder geschoben haben könnte", ausscheidet. Die "Spur 104" sei für das Verfahren "ohne weitere Relevanz".

Die "Kameradschaft Walter Spangenberg" wird im Mai 2012 von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) verboten. Der KDS hat sich schon Jahre zuvor selbst aufgelöst.

5.) "Nationalsozialistischer Untergrund"

Der "Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) ist eine rechtsextreme Terrorgruppe. Sie soll für eine Mordserie an neun ausländischen Einzelhändlern zwischen 2000 und 2006 sowie zwei Bombenattentaten in Köln 2001 und 2004 verantwortlich sein. Auch der Mord an einer Polizistin 2007 wird der Gruppierung zugerechnet. Der NSU soll auch Banküberfälle begangen haben. Ihre bisher bekannten Mitglieder sind mutmaßlich Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe.

Die Machenschaften der "Zwickauer Terrorzelle" kamen im Herbst 2011 ans Licht. Nach einem Banküberfall in Eisenach (Thüringen) am 4. November 2011 hatten sich Böhnhardt und Mundlos in einem Wohnmobil verschanzt. Als die Polizei sie ausfindig gemacht hatte, begingen sie Selbstmord. Am selben Tag explodierte in Zwickau (Sachsen) das Haus, in dem das Trio eine Wohnung gemietet hatte. In den Trümmern stieß die Polizei auf zahlreiche Briefumschläge mit einer Bekenner-DVD, in der die drei Verdächtigen mit ihren Taten prahlen. Zschäpe nahm vor der Sprengung der Wohnung noch einige Bekennerschreiben an sich und verschickt diese, bevor sie sich vier Tage später der Polizei stellte. Sie steht derzeit gemeinsam mit mutmaßlichen NSU-Helfern in München vor Gericht.

6.) NSU-Untersuchungsausschuss

Der Bundestag hatte auf Antrag aller fünf Fraktionen am 26. Januar 2012 einen Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mord- und Anschlagserie eingesetzt. Das Gremium unter Vorsitz des Abgeordneten Sebastian Edathy (SPD) hatte den Auftrag, einen Beitrag zur Aufklärung der Taten der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) leisten. Zudem sollten Schlussfolgerungen für Struktur und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus gezogen werden.

Dem Untersuchungsausschuss gehörten elf Bundestagsabgeordnete an. Die Arbeit des Ausschusses endete am 22. August 2013 mit der Übergabe des Abschlussberichts. Dabei wurde scharfe Kritik an den Sicherheitsbehörden geübt. Der Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) monierte ein "multiples, systemisches Versagen" von Polizei und Geheimdiensten, sein Stellvertreter Stephan Stracke (CDU/CSU) sprach von einer "beschämenden Niederlage" der Behörden, Linken-Sprecherin Petra Pau von einem "Ermittlungs-GAU". SPD-Obfrau-Eva Högl konstatierte "Fehler und Versäumnisse auf allen Ebenen". Im einstimmig verabschiedeten Bericht finden sich fast 50 Reformvorschläge.

7.) Vergleich mit Kölner Anschlag von 2001

Im Juni 2004 teilt Kriminalhauptkommissar Edgar Mittler, der die Ermittlungen nach dem Anschlag in der Kölner Probsteigasse 2001 geleitet hat, der Ermittlungskommission zur Keupstraße mit, dass er zwischen den beiden Delikten "deutliche Parallelen" sehe.

Daraufhin macht ein Kölner Polizeibeamter eine "vergleichende Gegenüberstellung" der Explosion in der Keupstraße und der Explosion in der Kölner Probsteigasse von 2001. "Diese Synopse ergibt selbst für einen Laien so viel übereinstimmende Merkmale – das ist unglaublich", stellt der CDU-Abgeordnete Armin Schuster im Juli 2012 im NSU-Untersuchungsausschuss fest. Aber trotzdem komme der Beamte zu dem Ergebnis, es gäbe zwar einige Ähnlichkeiten, "aber von einer gleichen Täterschaft könne nicht ausgegangen werden, 'wenngleich diese nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.' "

8.) Bekenner-DVD

Erst am 4. November 2011 enttarnt sich der NSU selbst: Nachdem sich Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in Eisenach (Thüringen) aus Angst vor einer Festnahme in ihrem Wohnmobil selbst getötet haben, explodiert in Zwickau (Sachsen) das Haus, in dem die beiden mit Beate Zschäpe eine Wohnung gemietet hatten. In den Trümmern finden die Ermittler zahlreiche Briefumschläge mit einer Bekenner-DVD. Zschäpe hat vor der Sprengung der Wohnung noch einige Bekennerschreiben an sich genommen und diese verschickt, bevor sie sich am 8. November 2011 der Polizei gestellt hat.

In der sogenannten Paulchen-Panther-DVD bekennt sich die rechtsterroristische Vereinigung unter anderem zu dem Anschlag an der Probsteigasse in Köln im Januar 2001. "In dem Video sind Fernsehaufnahmen des zerstörten Geschäfts zu sehen und die Comicfigur Paulchen Panther, wie sie eine rote Stollendose vorzeigt, die mit dem zynischen Kommentar 'Das kleine Bömbchen' beschriftet ist", schreiben der NDR-Redakteur John Goetz und der Journalist Christian Fuchs in ihrem Buch "Die Zelle". "Man sieht dann eine Explosion und kurz darauf einen TV-Ausschnitt, in dem ein Feuerwehrmann eilig in den Laden läuft. Die Jalousie des Schaufensters ist

herausgerissen, es liegen Scherben und kleine Trümmer auf dem Gehweg vor dem Geschäft." Über die Fernsbilder ist der Zeitungsausschnitt "Opfer liegt im künstlichen Koma" montiert.

9.) Regional eingegrenzte Ermittlungen

Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss gibt der Kölner Oberstaatsanwalt Josef Rainer Wolf im Juli 2012 zu Protokoll, dass der Staatsanwaltschaft von der Kölner Polizei erläutert worden sei, "dass die Täter halt eben im Nahbereich von Köln-Mülheim, rechtsrheinisches Köln, maximal bis Bergisch Gladbach, Bensberg und im Leverkusener Raum zu suchen sein sollten."

Deshalb habe die Staatsanwaltschaft gar nicht daran gedacht, "dass diese möglichen Täter, welchen Hintergrund sie auch immer haben, aus Nord-, Süd- oder Ostdeutschland gekommen" sein könnten, so Wolf. "Sondern wir sind immer davon ausgegangen, dass diese Täter sich im Nahbereich von Köln und speziell im rechtsrheinischen Nahbereich von Köln aufgehalten haben müssen."

10.) Hellseherin

Am Tag nach dem Anschlag in der Keupstraße meldet sich bei der Kölner Polizei telefonisch eine Hellseherin aus München und behauptet, sie hätte "eine mediale Durchsage" erhalten – wie es in einem Vermerk der Polizei heißt. Zunächst gibt sie an, die Tat hätte einen terroristischen Hintergrund, in einem weiteren Telefonat spricht sie dann von "Banden, die Rache als Motiv hätten" und "Rauschgift".

Schließlich fahren am 30. Juni 2004 zwei Beamte von Köln nach München zur Vernehmung der Frau. Die Beamten schildern später in einem "Eindrucksvermerk", die Hellseherin habe mit einem Kassettenrekorder hantiert: "Sie rief die Geister an und bat ihren verstorbenen Vater um Hilfe." Nach jeder gestellten Frage habe sie eine Pause eingelegt. Danach habe sie die nicht besprochenen Bandabschnitte nach Stimmen aus dem Jenseits abgehört. "Aufgrund fehlender Ausbildung war dies den Beamten jedoch nicht möglich", heißt es - möglicherweise ironisch - im Vermerk. Denn die Kölner Polizisten halten abschließend fest, dass die Hellseherin "in einer völlig irrationalen Welt lebt".

Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss sagt Kriminalhauptkommissar Weber, der die Ermittlungen zum Anschlag in der Keupstraße geleitet hat: Wir würden "das in einem vergleichbaren Fall sicherlich wieder tun, solange es keine anderen Dinge gibt, die da irgendwo schon die Richtung ganz klar vorgeben." Im Zweifel gehe es darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Er habe aber "ansonsten keinen Kontakt zu Wahrsagern". Dem Ausschuss versichert er im Juli 2012: "Glauben Sie mir, in der Kommission ist auch über diesen Fall gelacht worden."

11.) Dossier über "Combat 18"

Die Bundestagsabgeordnete Petra Pau (Linke) konfrontiert im Juli 2012 im NSU-Untersuchungsausschuss den Kölner Ermittlungschef Markus Weber mit einem Dossier, das der Bundesverfassungsschutz zum Anschlag in der Keupstraße am 8. Juli 2004, also bereits einen Monat nach der Tat verfasst hat. "In diesem Papier wird darauf

hingewiesen, dass vor allem Nagelbomben von der englischen neonazistischen Organisation 'Combat 18' benutzt wurden und dass von dieser Organisation auch Anleitungen zum Bau solcher Bomben publiziert wurden", so Pau. In dem Dossier heißt es, die 1999 in London verübten Anschläge könnten den Tätern von Köln "als Muster gedient haben". Denn: "Aufgrund ihres militant ausgerichteten Renommees findet C18 in Teilen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland einen regen Zuspruch." Die Verfassungsschützer haben daraufhin 477 deutsche Forumsmitglieder der Homepage von "Combat 18" gezählt, 13 davon im Großraum Köln.

Doch das Dossier wird offenbar nicht vom Bundesverfassungsschutz, der seinen Sitz in Köln hat, an die örtliche Polizeibehörde weitergereicht. Am Ende des Papiers ist zwar handschriftlich notiert, dass der NRW-Verfassungsschutz eine Ausfertigung des Dossiers erhalte "mit der Anregung, die Polizei entsprechend zu unterrichten." Aber Weber kann sich vor dem Ausschuss nicht daran erinnern, diese Informationen erhalten zu haben.

12.) Video-Aufnahmen der Täter

"Ein Beweis, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz beim Nagelbombenanschlag nicht funktioniert hat, ist der Umgang mit dem Video, auf dem man die beiden Täter sieht", sagt der Unions-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss, Clemens Binninger, in der Ausgabe des "Kölner Stadt-Anzeigers" vom 19. Oktober 2012. Der Verfassungsschutz habe keine DVD von der Polizei bekommen. "Stattdessen mussten die Verfassungsschützer auf die Homepage der Kölner Polizei zugreifen. Sie haben das Video dann immer wieder angeklickt, um möglicherweise jemanden zu erkennen", so Binninger gegenüber der Zeitung. Die Kölner Polizei ihrerseits habe die Homepage überwacht, um festzustellen, wer sich das Video am häufigsten ansehe. Die Ersten, die in Verdacht gerieten, seien dann auch Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen.

13.) Gedächtnisprotokoll

In einem Gedächtnisprotokoll berichtet ein Kölner Polizeibeamter über ein Treffen verschiedener Behörden im November 2006 im Kölner Polizeipräsidium zur Keupstraße. "Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Zusammenarbeit nicht sonderlich klappte und von Misstrauen geprägt war", heißt es in der Niederschrift. Die anwesenden Vertreter des Landes- und des Bundesamtes für Verfassungsschutz hätten "keinerlei Beitrag geleistet". In diesem Zusammenhang sagt Weber im Juli 2012 vor dem Ausschuss, seine "Ermittlungsgruppe Sprengstoff" habe immer wieder beim Verfassungsschutz nachgefragt: "Wir haben aber nie irgendwelche konkreten Ermittlungsansätze oder Spuren, die uns weitergebracht hätten, bekommen."

Der ehemalige NRW-Verfassungsschutzchef Hartwig Möller hingegen sagt im September 2012 vor dem Ausschuss, ihm sei von seinen Mitarbeitern berichtet worden, "dass die Kölner Polizei sich festgelegt habe oder vorrangig ermittle in Sachen organisierter Kriminalität. Damit war der Bezug zu uns abgeschnitten." Das sei ein Gebiet, bei dem der NRW-Verfassungsschutz "im Gegensatz zu Bayern" keine Zuständigkeiten habe. Die Polizei in NRW trete immer "sehr selbstbewusst" auf. "Die brauchen den Verfassungsschutz nicht unbedingt." Der Verfassungsschutz müsse "sich schon reinhängen und was bringen", wenn er sich in Ermittlungen einmischen wolle.

14.) Ausländerfeindliches Flugblatt

Die SPD-Abgeordnete Högl spricht den Zeugen Markus Weber während der Befragung im NSU-Untersuchungsausschuss im Juli 2012 auf ein Flugblatt an, das nach dem Anschlag im November 2004 in einer Kölner Straßenbahn gefunden und in den Akten abgeheftet worden ist. Darin heißt es: "Wie Sie vielleicht wissen, ist die Keupstraße bewohnt von sehr vielen Ausländern und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht." Und fett gedruckt: "Deutsche wehrt euch!" Auf dem Flugblatt sei ein handschriftlicher Vermerk vom März 2005 zu finden, der den Text in sein Gegenteil verdrehe und ihn fälschlicherweise als "Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit" deute, sagt Högl.

Aus Webers Sicht lässt das Flugblatt jedoch Interpretationen in beide Richtungen zu: "'Wehrt euch', im Sinne geht gegen Ausländer vor – oder: 'Wehrt euch', geht gegen ausländerfeindliche Leute vor." Daraufhin fragt der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland den früheren Ermittlungsleiter, ob er denn wisse, was in der Nazi-Zeit beim Boykott jüdischer Läden an die Schaufenster geschrieben worden sei. "Das könnte ich Ihnen im Detail jetzt nicht wiedergeben", antwortet Weber. Wieland klärt ihn auf: "In der Regel stand da: 'Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!'" Deswegen verstehe er nicht, wie bei der Polizei ein solches Flugblatt "quasi als neutral" ausgelegt werden könne.

Mehr Geschichtsbewusstsein zeigt anschließend der pensionierte Kölner Oberstaatsanwalt Josef Rainer Wolf bei seiner Vernehmung durch den Ausschuss. Eva Högl fragt ihn: "Ist das aus Ihrer Sicht nicht absurd, dieses Flugblatt so falsch zu verstehen?" Wolf, der bei der Kölner Staatsanwaltschaft die politische Abteilung geleitet hat, antwortet: "Ich interpretiere so ein Flugblatt, dass jemand seine innere Sympathie mit dem Vorkommnissen in der Keupstraße zum Ausdruck bringen will."

Stand: 04.06.2014, 06.30 Uhr

Mehr zum Thema

Terror von rechts: Ein WDR.de-Dossier

Link: http://www.wdr.de/themen/archiv/sp_amrechtenrand/terrorvonrechts/terrorvonrechts116.html

Die Terrorserie des NSU und die Folgen [tagesschau.de]

Link: <http://www.tagesschau.de/inland/nsudossier112.html>

© WDR 2014